



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831 - 33

Fernschreiber 08-6890

P/XII/281 - 9. Dezember 1957

Einweisung

auf den Inhalt:

McElroy in der Bundesrepublik	S. 1
Moskau und die Bandung-Staaten	S. 3
Polen und die atomwaffenfreie Zone	S. 4a
Der Fehlstart auf Cap Canoveral	S. 5
Dr. Adolf Arndt, MdB: Brief an das "Echo der Zeit"	S. 7

## Es geht um Abschussbasen für Atom-Raketen

sp- Der amerikanische Verteidigungsminister McElroy trifft Dienstweg in der Bundesrepublik ein, um - wie es heisst - die hier stationierten amerikanischen Truppen zu besuchen. Jedermann weiss natürlich, dass McElroy mit der Bundesregierung auch die Frage erörtern will, ob sie bereit sei, in Westdeutschland Abschussbasen für Mittelstrecken-Raketen bauen zu lassen. Nach den bisher vorliegenden Informationen ist es jedoch noch unklar, ob es sich hierbei um ausschliesslich amerikanische Abschussbasen handeln soll, oder um solche, die auch der Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden können.

Wenn es sich um "amerikanische" Abschussbasen handelt, brauchte McElroy eigentlich gar nicht mehr zu verhandeln. Die sind nämlich schon da. Zwar hat man bisher immer nur von Abwehrraketen gesprochen, aber in Fachkreisen ist längst bekannt, dass die Abschussbasen ohne grosse Umstände auch für sogenannte taktische Raketenwaffen mittlerer Reichweite eingerichtet werden können.

Unklar ist auch, ob die Mittelstrecken-Raketen mit atomaren Sprengsätzen versehen werden sollen oder können. Fachleute behaupten, dies sei ohne weiteres möglich. Auch in diesem Falle brauchte der amerikanische Verteidigungsminister nicht mehr lange mit der Bundesregierung zu verhandeln, da bereits seit geraumer Zeit in verschiedenen Gegenden Deutschlands die Lagerung von Atomsprengeätzen sichergestellt wurde, ohne dass Bonn dagegen protestiert hätte.

Inzwischen haben die USA und Grossbritannien untereinander ausgehandelt, in England vier Raketenabschussbasen für Mittelstrecken-Raketen zu bauen. Drei davon sollen die Amerikaner übernehmen, eine die Engländer. Die USA und Grossbritannien haben damit zum Ausdruck gebracht, dass sie die atomare Führungsrolle in der NATO beibehalten wollen. Sie haben allerdings auch angedeutet, man werde anderen europäischen NATO-Mitgliedern ebenfalls Angebote für die Einrichtung von Abschussbasen für Atom-Raketen der Mittelstrecke machen.

Soweit die Presseinformationen. Man kann sich trotzdem des Eindruckes nicht erwehren, dass es bei all diesen Dingen ebenso durcheinandergeht,

wie bei den Vorbereitungen zum Abschuss des amerikanischen Erdsatelliten. Zuerst hiess es, die Amerikaner könnten Mittelstrecken-Raketen nicht vor zwei Jahren nach Europa liefern. Jetzt sollen sie angeblich in der Lage sein, bereits im Laufe des Jahres 1958 "umfangreiche Lieferungen" vorzunehmen. Erst hiess es, es sollten keine direkten Angebote an andere europäische NATO-Mitglieder gemacht werden. Jetzt wird offen darüber geredet, und auch für das Verhandlungsprogramm der am 16. Dezember in Paris stattfindenden NATO-Tagung sollen die Amerikaner bereits entsprechende Vorschläge gemacht haben. Inzwischen hat NATO-Generalsekretär Henry Spack mitgeteilt, dass im März kommenden Jahres eine Militärkonferenz der Atlantikpakt-Staaten stattfinden soll, auf der man die rein militärische "Ausbeute" der NATO-Konferenz vom Dezember vorzunehmen gedenke.

Während seitens der Bundesregierung sehr unklare Antworten auf die Frage ihrer beabsichtigten Haltung gegeben werden, hat der italienische Aussenminister Pella nach seiner Rückkehr aus den USA erklärt, er habe keineswegs eine Zusage zur Einrichtung von Abschussbasen für atomare Raketenwaffen in Italien gegeben. Dänemark und Norwegen haben dankend auf die Einrichtung der Abschussbasen verzichtet, und aus Frankreich kommen widersprechende Meldungen über die zu erwartende Haltung der Regierung. Wie es heisst, will die französische Regierung ihre Zustimmung davon abhängig machen, ob auf der kommenden NATO-Konferenz die verstärkte politische Zusammenarbeit der NATO-Mitglieder sichergestellt werden kann. Allerdings nimmt man die französische Vorbehalte nicht sehr ernst; man vermutet vielmehr, Frankreich wolle mit seiner Reserve einen politischen oder vielleicht sogar finanziellen "Kaufpreis" für seine Zustimmung ins Spiel bringen.

Die Situation ist also noch wie vor verworren. In den Pariser Vorverhandlungen wird deshalb von allen Seiten sehr vorsichtig taktiert. Als Ausweg für den Fall, dass keine Einigung unter den europäischen NATO-Partnern erzielt werden kann, behalten sich die Amerikaner das sogenannte Aufsichtsrecht über die Bewaffnung ihrer eigenen in den NATO-Ländern stationierten Truppen vor.

Der Westen bewegt sich also wieder einmal im Dackel seiner ausschliesslich militärischen Überlegungen, bei denen Versuche, politische Lösungen im Ost-West-Konflikt zu finden, von der Hysterie des Wettrüstens überwuchert werden. Das ist eine schlechte Sache; besonders schlecht für uns Deutsche, weil die politische Instinkttlosigkeit der Bundesregierung nur negative Auswirkungen im Sinne der für unser Volk notwendigen Ost-West-Entspannung hat. Die Deutsche Sozialdemokratie fordert die Schaffung eines atomwaffenfreien Raumes in Europa. Sie steht mit dieser Forderung nicht allein. Die Bundesregierung aber verweigert sogar die offene Aussprache über die mit dieser Forderung im Zusammenhang stehenden Probleme vor Beginn der Pariser NATO-Konferenz. Diese Weigerung ist gleichbedeutend mit dem Ausweichen vor dem notwendigen Versuch, die Probleme Europas und der Welt mit politischen Mitteln zu lösen.

### Moskau wirbt um die "Bandung-Staaten"

I.D. Die grosse afrikanisch-asiatische "Solidaritäts-Konferenz", die in Kairo Ende Dezember stattfinden soll, ist in Moskau und Kairo als eine Fortführung der mit der ersten afrikanisch-asiatischen Konferenz von Bandung begonnenen Arbeit angekündigt worden. In der Verlautbarung aus Kairo heisst es u.a., dass eine Anzahl Solidaritäts-Ausschüsse in verschiedenen Ländern Asiens gebildet worden sind, um für die Prinzipien der Bandung-Konferenz weitere Kreise zu werben.

Was steckt in Wirklichkeit hinter dieser Konferenz in Kairo und den sogenannten Solidaritäts-Ausschüssen?

Auf der Konferenz der Bandung-Staaten Anfang 1955 war die Sowjet-Union nicht vertreten. Moskau wurde mit einem Schlage klar, dass es schnellstens in den nah- und fernöstlichen Ländern nach Anschlussmöglichkeit suchen musste, wenn es überhaupt Einfluss auf die Politik dieser an Bedeutung gewinnenden Staaten nehmen wollte. Die Russen organisierten die "Asien-Konferenz zur internationalen Entspannung", die in Delhi kurz vor der Bandung-Konferenz tagte und sich hauptsächlich aus kommunistischen Parteidelegierten Asiens zusammensetzte. Diese Konferenz beschloss die Bildung der "Solidaritäts-Ausschüsse" in den asiatischen Ländern.

Die Bildung eines sowjetischen Ausschusses für die Solidarität mit den asiatischen Ländern erfolgte in Moskau sofort nach diesem Beschluss. Seine Aufgabe schien es zu sein, die Anstrengungen zur Gewinnung der politischen und der geistigen Führerschaft in Asien, die Moskau durch die Bandung-Konferenz zunächst anderen Ländern hatte überlassen müssen, zu koordinieren und gleichzeitig richtungweisend zu sein. Der Arbeit dieses Ausschusses entsprang die Idee, eine zweite Bandung-Konferenz zu fordern. Diese Forderung ist bisher von den asiatischen Politikern geflissentlich überhört worden, da für sie eine zweite derartige Konferenz nicht so dringend ist wie für die Russen, die hier als spiritus rector zugegen sein müssten und ihr Prestige wieder zu erobern die Möglichkeit hätten.

Unter dem Vorwand, eine afrikanisch-asiatische Studenten-Konferenz

abhalten zu müssen; kam das Treffen der asiatischen Solidaritäts-Ausschüsse in Bandung im vorigen Jahr zustande. Eine Reihe nicht-kommunistischer Delegierter, die zur Tarnung eingeladen worden waren, erkannten schnell Sinn und Zweck der Konferenz und lehnten die Einladung ab. Andere, die nach Indonesien kamen, merkten sehr bald, dass sie missbraucht wurden und machten ihrer Empörung Luft, so dass zeitweilig die Weiterführung der Konferenz infrage stand!

Eine ähnliche Konferenz soll nun Ende Dezember in Kairo über die Bühne gehen. Diese Konferenz ist wahrlich nicht dazu angetan, den Geist von Bandung zu beschwören. Die Delegierten werden nicht Vertreter ihrer Völker sein, sondern Delegierte kommunistischer Parteien - mit Ausnahmen der Ostvertreter Russlands und Chinas, Ägyptens und Syriens, die von ihrer Regierung bestimmt werden. Jordanien schickt seinen Ex-Aussenminister, der angeschuldigt wird, die Regierung Jordaniens mit Gewalt zum Abdanken zu zwingen.

Es scheint fast, als ob Moskau die Wirksamkeit seiner zweifellos grosszügigen Wirtschaftshilfe an die technisch und wirtschaftlich unterentwickelten Länder anzweifelt. Vielleicht aber geht der Bedarf dieser Länder weit über die Leistungsfähigkeit Russlands hinaus, wenn es noch dazu seiner eigenen Bevölkerung eine Erhöhung seines Lebensstandards ermöglichen will.

Das in Moskau von allen kommunistischen Parteien unterzeichnete Kommuniqué anlässlich des Treffens ihrer Führer am 40. Jahrestag der russischen Revolution trug ebenfalls den Stempel des Verbens um die Bandung-Staaten. Der Versuch, durch "Solidaritäts-Ausschüsse" das Netz weiter spinnen zu können, und schliesslich die Konferenz von Kairo als Plattform für die für Moskau zu Schlagworten herabgewürdigten Begriffe von Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit zu benutzen, wird allerdings, nach Presseberichten in asiatischen Zeitungen zu urteilen, ebenso fehlschlagen wie der erste Versuch im vorigen Jahr. Die asiatischen Staaten haben in den zwei Jahrhunderten der Erfahrung mit dem westlichen Imperialismus ein feines Gehör für derartige Köderversuche entwickelt. Auch die um einige Nuancen klügeren Lockungen als die des Westens täuschen die Asiaten nicht über die wahren Absichten Russlands hinweg. Das Rasseln der russischen Panzer in Budapest ist schliesslich auch im fernen Osten gehört worden, wenn auch vielleicht erst, nachdem die Kanonen von Suez verstummt waren.

### Polnische Besorgnisse

59- Von polnischen Aussenminister Rapacki stammt die Idee der Schaffung eines atomwaffenfreien Raumes in Mitteleuropa. Sie wurde inzwischen von vielen Politikern als ein konstruktiver Beitrag aufgegriffen, weil dessen Verwirklichung zur Entspannung in Europa beitragen und Raum für politische Lösungsmöglichkeiten schaffen würde. Ein so kluger Mann wie der amerikanische Russlandexperte Kernan sieht darin überhaupt die Voraussetzung für die Regelung des Deutschlandproblems. Die Diskussion um diesen Vorschlag nimmt nun weltweite Formen an und viele beteiligen sich an ihr - nur nicht die Bundesregierung, die ihn gleich wenige Tage nach seiner Verkündung von obenherab und mit leichter Hand als unrealistisch abgetan hat. Sie erblickt darin ein Täuschungsmanöver der Sowjetunion, dazu bestimmt, die NATO ihrer wirksamsten Abwehrmittel zu berauben und den noch freien Teil Mitteleuropas schutzlos einem sowjetischen Angriff auszuliefern. Eine solche Denkweise verschliesst sich jeder neuen Anregung, sie operiert auf alten Geleisen. Sie rechnet mit der Fortsetzung des Kalten Krieges und damit notwendigerweise auch mit der Erstarrung des Status quo.

Es ist in dieser Zusammenhang unwesentlich, ob die geistigen Vater der Idee eines atomwaffenfreien Raumes in Moskau oder in Warschau sitzen. Unbestreitbar ist, dass die Polen aus wohl-erwogenen Gründen der Selbsterhaltung ein eigenes starkes Interesse an einem atomwaffenfreien Raum haben. Jede Verschärfung des Kalten Krieges - die Errichtung von Raketenabschussbasen in Westdeutschland und die Ausstattung der Bundeswehr mit atomaren Waffen bedeutet eine unheilvolle Vertiefung der west-östlichen Spannung - muss das polnische Volk in seinen harten und heroischen Bemühungen um mehr Selbstständigkeit wieder zurückwerfen und seine Abhängigkeit von seinem übermächtigen östlichen Nachbarn verstärken. Keine westliche Regierung könnte vor der Geschichte verantworten, durch ihre Haltung beigetragen zu haben, dass Warschau wieder in totale Abhängigkeit gerät.

Jede westliche Regierung muss sich auch der Folgen bewusst sein, die eintreten, wenn in nicht allzu ferner westlicher Nachbarschaft Polens Abschussbasen von Atom- und Raketenwaffen errichtet werden. Die polnischen Stalinisten würden vielleicht dies begrüßen, ihre Kraft, ihr Einfluss und ihre Stärke stehen in einem korrespondierenden Verhältnis zu der wirklichen oder angeblichen Drohung durch den Westen. Unsere abendländischen Kreuzzugsritter werden nicht müde, nachzuweisen, Polen gehöre aufgrund seiner Geschichte, seiner Tradition und seiner Kultur zu Europa. Das wird niemand bestreiten können. Der polnische Beitrag zur europäischen Kulturentwicklung ist aus der Geschichte Europas nicht wegzudenken. Da dem so ist, wäre es nun nicht eine Verpflichtung aller Europäer, dem polnischen Volk eine Entwicklung zu ersparen, die es für unüberschaubare Zeit aus Europa auslöscht und es an die Kandare Moskaus bindet?

Hier liegen die Ansätze einer Aktivierung der Bonner Ostpolitik, hier liegen die Möglichkeiten für das Anbahnen einer zukünftigen deutsch-polnischen Verständigung. Die Bonner Bejahung eines atomwaffenfreien Raumes in Mitteleuropa müsste dem letzten Polen die Furcht nehmen, wieder Opfer eines Angriffsaktes von Westen her zu werden. Aus Gegnern einer deutscher Wiedervereinigung würden sie sich zu ihren Befürworter entwickeln - und wir brauchen auch die polnische Zustimmung, wenn wir in unserer wichtigsten Lebensfrage vorankommen wollen.

### Die Folgen des "Spionagefalls" Yanins

Esko. John Foster Dulles, der Aussenminister der USA, glaubt, im Kalten Krieg sei der Frieden dadurch zu retten, dass sein Land und die ihm verbündeten Nationen des Westens am Abgrund des heissen Krieges wandeln. Er hat diese Politik jahrelang praktiziert. Einer seiner treuesten Trabanten, der bundesdeutsche Kanzler, assistierte ihm dabei. So kam es, dass Möglichkeiten einer echten weltpolitischen Entspannung nicht genutzt wurden. Dulles ging soweit, dass er einen "kleinen atomaren Krieg" nicht unbedingt als ultima ratio der Politik ausschliessen wollte. Er blieb allerdings auf die verzweifelte Frage, mit wieviel Toten der grosse Krieg beginne, die Antwort schuldig. Seiner Politik der Stärke fehlte jedoch das Fundament dieser Stärke: Eine unbedingte waffentechnische Überlegenheit gegenüber dem potentiellen Gegner. Der letzte Beweis für diesen Mangel bot der Fehlerart der Vanguard-Rakete, der am 6. Dezember 1957 um 17<sup>45</sup> Uhr MEZ die Seifenblase der martialischen Drohungen platzen liess. Das Ereignis - es besteht bestimmt kein Grund, darüber hämische Freude zu empfinden - war seit dem 5. Dezember voraussehbar.

Der Mythos des Amerikanischen Jahrhunderts, die Saga der absoluten technischen Führung durch die USA, hat sich mit der explosiven Vernichtung der Drei-Stufen-Rakete endgültig aufgelöst. Es blieb davon nicht mehr als das Gefühl einer bitteren Enttäuschung für die Völker des Westens und die Menschen Amerikas übrig. - Dulles hatte seine Balancen am Angrund des Infernos nicht erst seit gestern oder vorgestern aufgenommen. Er probierte die Einkreisung der Sowjets Jahre hindurch und zwang damit die Russen, alles, aber auch alles daran zu setzen, sich der tödlichen Wirkung dieser Umklammerung zu entziehen. Sie wirkten den Stützpunkten des Strategischen-Bomber-Kommandos entgegen, indem sie forciert die Entwicklung ihrer bereits weit reichenden Gross-Rakete, des Projekts IKRA 103, vorantrieben und deren Wirksamkeit von 3 500 Kilometer auf die Interkontinentale Entfernung steigerten. Die UdSSR hatte fast zehn Jahre hindurch an dem Projekt mehr als nur herumgehastelt. Ihre besten akademischen Physiker, Dr. Blegonrawow, die Forscherin Dr. Masjewitsch, Dr. Fjodorow, Dr. Jakob Albert, Dr. Romadin, jeder von ihnen eine Kapazität der "technischen Wissenschaften", waren in der Raketen-Brigade dafür eingesetzt worden.

Allan Dulles, der Chef des amerikanischen Geheimdienstes, warnte das Weisse Haus zumindest seit 1952 unablässig vor den speziellen waffentechnischen Forschungen der Russen, er leitete seit 1954 unmittelbar an den Chef der Präsidentskanzlei Eisenhowers, den Gouverneur Sherman Adams, seine "harten" Informationen über die sowjetische Produktion ballistischer Projektile, die zunächst nur eine Reichweite von 100, bald aber auch von 900 nautischen Meilen erreichten (eine nautische Meile umfasst 1 852 Meter).

Bereits 1956 warnte Allan Dulles vor sowjetischen Unterseebooten, die als Raketenschussbasen entwickelt worden waren und, 400 nautische Meilen vor einer Küste entfernt, ein Ziel sicher zu treffen vermögen. Er warnte insbesondere vor der Möglichkeit, dass New York-City auf solche Art zerstört werden könnte, aber seine Analysen wurden im Weissen Haus nicht ernst genommen und im Pentagon ad acta gelegt. - Eisenhower liess es vielmehr zu, dass sich McCarthy's Kommunistenwahn ungehemmt entfalten konnte und beispielsweise der Fall des Raketenspezialisten Hyan G. Yamins zur Flucht von 26 hocherfahrenen Experten, allesamt ausgezeichnete Wissenschaftler, führte. Gerade 1954 hatte McCarthy die Durchleuchtung Yamins und der angeblich haarsträubenden Zustände in Fort Monmouth, New Jersey, durchgesetzt. McCarthy behauptet dreist, ohne jeden Beweis, dass Yamins sowjetischer Spion sei. Armeeminister Stevenson feuerte darauf den Forscher und schickte ihm gleich die übrigen 26 Raketenspezialisten in die Wüste nach. Einen Monat später hatte sich die Unhaltbarkeit der Vorwürfe McCarthy's erwiesen. Aber es folgte darauf keineswegs die Rehabilitierung der Verdächtigten. Der "Bund amerikanischer Wissenschaftler" stellte damals fest: "Diese Zustände, die Verachtung, mit der unsere Forscher bedacht werden, kann sich nur so auswirken, dass die Wehrforschung der USA in ihren Grundlagen erschüttert wird". Das Weisse Haus erhörte die "Egg-Heads", Eierköpfe, nicht. Eisenhower meinte zusammen mit seinem Verteidigungsminister Wilson, dass alle Raketenforschung "ein netter technischer Trick und nicht mehr" sei. Dr. Killian junior, der heute die Wehrforschung Hals über Kopf koordinieren soll, hat te immer wieder vergebens auf die Verzettelung in der Raketenentwicklung, dem Gegeneinanderwirken der Teile der Streitkräfte, hingewiesen. Seine Worte verhallten. So ist der amerikanische Paketenschwung von 38 Typen entstanden, die allesamt keine perfekten Waffen sind. Und so kam es auch zu der Riesenblamage auf Cap Caneveral.

Dr. Adolf Arndt, MdB: Brief an das "Echo der Zeit"

An den  
stellvertretenden Chefredakteur  
der Wochenzeitung "Echo der Zeit"  
Herrn J.O. Zöllner

Recklinghausen  
Löhrhofstr. 10

Sehr geehrter Herr Zöllner!

Ihre Veröffentlichungen während der letzten Monate lassen zu meinem Bedauern kaum eine Hoffnung, dass ein Gespräch mit Ihnen sinnvoll sein kann. Ich widerspreche den Ausführungen, die Sie in Nr. 48 vom 1. Dezember 1957 unter dem Titel "Warum nicht Wehner?" veröffentlichten.

Das Bild, das Sie von meinem Freunde Wehner entwerfen, insbesondere indem Sie ihn als "Nationalkommunist" bezeichnen, enthüllt nichts als Hirngespinnste. Ihre Behauptung, Wehner habe einer "Ideologie" an, durch die Millionen von Deutschen gequält würden, könnte ein hartes Wort rechtfertigen. Nachdem in Westdeutschland das Selbstmitleid von einer Selbstgerechtigkeit in den Ausmaßen eines babylonischen Turmes abgelöst wurde, haben sich leider manche Herzen so verhärtet, dass sie auch von dem härtesten Wort nicht mehr getroffen werden. Ich will deshalb kein hartes Wort zu Ihren so wahrheitsfernen, unbegründeten und ungerechtfertigten Äußerungen sagen, sondern nur meiner Meinung dahin Ausdruck geben, dass es nach meiner Überzeugung zum Wohle der in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands unterdrückten Menschen besser stünde, wenn mehr Politiker bei uns von der gleichen Leidenschaft, für eine Erleichterung jener Leiden und für das Ziel der Freiheit in ganz Deutschland zu kämpfen, so beseelt wären wie Herbert Wehner.

Mehr bemerke ich dazu nicht. Mir liegt jedoch daran, mich mit zwei anderen Behauptungen von Ihnen auseinanderzusetzen.

Sie sprechen Wehner die Eignung für den Vorsitz im Bundestagsausschuss für gesamtdeutsche Fragen deshalb ab, weil seine politische Konzeption im Widerspruch zum Mehrheitswillen des Volkes stehe. In einer freiheitlichen Demokratie ist es die Regel, dass die Mehrheit der Ab-

geordneten eine andere politische Konzeption besitzt als die Minderheit. Wollte man daraus die Folgerung ableiten, dass die Abgeordneten der Minderheit von einer Beteiligung am Präsidium des Bundestages und am Vorsitz der Ausschüsse ausgeschlossen wären, so käme man zu Ergebnissen, die mit den Grundvorstellungen unserer Ordnung und ihrer Freiheit unvereinbar wären. Rasner hat nach Wehners Wiederwahl verkündet, dass in der CDU-Fraktion Wehners politische Meinung über den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit für verhängnisvoll gehalten werde. Dasselbe Urteil haben wir Sozialdemokraten über die entsprechenden Vorstellungen Rasners und seiner Freunde. Es steht einer Mehrheit frei, die Konzeption der Minderheit als verhängnisvoll zu werten. Ebenso steht es der Minderheit frei, die Konzeption der Mehrheit als verhängnisvoll zu werten. Das beruht auf Gegenseitigkeit. Von diesem Widerspruch lebt die Demokratie. Würden wir aufhören, uns deshalb gegenseitig zu ertragen, so wäre es für beide Teile gemeinsam mit der Freiheit und mit der Möglichkeit parlamentarischer Arbeit zu Ende.

Ihre andere Behauptung, zu der ich noch etwas sagen will, ist Ihr Vorwurf, dass hier "ausgerechnet ein Atheist" für die Befreiung der von den Kommunisten in der sowjetisch besetzten Zone unterjochten Deutschen arbeiten solle. Abgesehen davon, dass man sich über jeden freuen muss, dem es um diese Befreiung zu tun ist, und dass nach unserer Verfassung die staatsbürgerlichen und parlamentarischen Rechte nicht von einer Konfession abhängig sein dürfen, beruht auch Ihre Behauptung über den angeblichen Atheismus von Herbert Wehner auf einer nicht zu verantwortenden Wahnvorstellung. Wehner gehört, wie ich weiss, zu den Mitgliedern des Bundestages, die - wie nicht nur das amtliche Handbuch des Bundestages anzeigt - sich zu ihrem evangelisch-lutherischen Glauben bekennen. Wir bleiben unerfindlich, wie Sie es erklären wollen, einen Politiker als Atheisten zu kennzeichnen, weil seine politischen Auffassungen nicht die Ihren oder Ihnen offenbar nicht einmal bekannt sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez.: Dr. Arndt

+ + +

---

Verantwortlich: Günter Markscheffel